

Der Gewerbedirektor zog die Fäden

Nach Rückweisung des Budgets sind die Bürgerlichen zufrieden, die Linke ist enttäuscht

Von Markus Vogt

Basel. Die Rückweisung des Budgets 2015 durch den Grossen Rat ist ganz im Sinne des Gewerbeverbands Basel-Stadt erfolgt – er zeigt sich erfreut und redet von «einem ersten Schritt zu einem Perspektivenwechsel». Der Entscheid des Grossen Rates sei ein klares Votum gegen den ungebremsten Regulierungswahn und «das damit verbundene unkontrollierte Ausgabenwachstum – namentlich im Personalbereich», schreibt der Verband. Und es sei ein Votum, «das Problem ausgabenseitig und nicht über höhere oder neue Steuern einnahmenseitig zu lösen».

Der Gewerbeverband habe in mehreren Sitzungen mit den bürgerlichen Fraktionen sowie der GLP seine Sicht eingebracht und damit einen wertvollen Beitrag zur Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien leisten können. Gewerbedirektor Gabriel Barell sagt, dass diese Zusammenarbeit in den nächsten Jahren weitergeführt werden soll. Recherchen der BaZ zeigen indes, dass nicht alle Bürgerlichen von Barells Äusserungen begeistert sind. Man hätte sich auch ohne ihn geeinigt, wurde der BaZ gesagt.

Echte Ausgabenkürzungen fordert die FDP. Ein neues Budget, «welches primär auf der Einnahmenseite korrigiert wurde», werde sie nicht akzeptieren. Erstaunt zeigt sich die FDP ob der zum Teil «gehässigen und absurden Voten seitens der Linken in der Rückweisungsdebatte». So sei den Bürgerlichen vorgeworfen worden, sie würden keine Kürzungsanträge präsentieren und die Debatte verweigern. Speziell die SP-Fraktion habe die Debatte mit mehreren Voten aus taktischen Gründen verzögert. Falls die Rückweisung gescheitert wäre, hätte die FDP konkrete Änderungsanträge parat gehabt.

Die Rückweisung des Budgets 2015 sei unnötig gewesen, schreibt die SP. Die bürgerliche Mehrheit habe auf Kosten einer nachhaltigen und langfristigen

Finanzpolitik Vorwahlkampf betrieben. «Konkrete Änderungsvorschläge konnten sie keine vorweisen. Damit bewiesen sie wenig Mut, in der von ihnen künstlich inszenierten Debatte.» Doch ein Staatshaushalt müsse vorausschauend durchdacht werden.

«Politischer Winkelzug»

Enttäuscht und verärgert sind Linke und Gewerkschaften. In der jüngsten Basler Geschichte sei das Budget nie zurückgewiesen worden, auch nicht bei dreistelligen Millionendefiziten, die notabene von bürgerlichen Regierungen vorgelegt worden seien. «Dass nun bei einem Defizit von weniger als einem Prozent das Budget global und ohne konkrete Verbesserungsanträge zurückgewiesen wurde, ist unsachlich und offensichtlich einfach ein politisches Manöver», hält die SP fest. Die ausgebliebenen Vorschläge liessen vermuten, dass sich die Mehrheit der Finanzkommission nicht einmal die Mühe gemacht habe, das Budget tatsächlich vertieft anzusehen und zu überlegen, welche Lösungen es gegeben hätte. Stattdessen



Gabriel Barell.

würden Budgetpostulate eingereicht, die weitere Ausgaben fordern. Die Fraktion Grünes Bündnis bezeichnet die Rückweisung durch eine bürgerliche Mehrheit als «verantwortungslose Panikmache». «31 Millionen budgetiertes Defizit sind nun wirklich kein Betrag, bei dem die Alarmglocken läuten müssten. Unter Finanzdirektor Ueli Vischer wurden weit höhere Budgetdefizite von den Bürgerlichen ohne Weiteres akzeptiert», schreibt das Bündnis. Dass die bürgerliche Mehrheit nicht von der Sorge um den Basler Finanzhaushalt umgetrieben werde, zeige das demonstrative Desinteresse der bürgerlichen Parlamentarier in der Ratsdebatte. «Bei der Rückweisung handelt es sich um einen politischen Winkelzug, der die erfolgreiche Finanzpolitik der rot-grünen Regierung in ein schiefes Licht stellen soll.»

Das sind die Folgen der Budget-Rückweisung

Nur noch «unerlässliche» Ausgaben für die Aufrechterhaltung der Verwaltung möglich

Basel. Nachdem der Grosse Rat am Mittwoch das Budget 2015 an die Regierung zurückgewiesen hat, muss diese nun im neuen Jahr ein überarbeitetes Budget vorlegen. Die BaZ zeigt, was die Folgen der Budget-Rückweisung sind und beantwortet die wichtigsten Fragen:

Steht jetzt die Verwaltung still?

Nein. Ein sogenannter Shutdown, wie ihn die Vereinigten Staaten kennen, gibt es in Basel-Stadt nicht. Die Verwaltung läuft normal weiter, die Kantonsangestellten erhalten ihre Löhne und unbezahlter Zwangsurlaub für die Mitarbeiter des Kantons steht ebenfalls nicht zur Diskussion.

Kann der Kanton überhaupt noch Geld ausgeben?

Ja. Das Finanzhaushaltsgesetz des Kantons definiert, dass bei einer nicht fristgerechten Genehmigung des Budgets weiterhin Ausgaben getätigt werden können. Jedoch nur solche, die für die Aufrechterhaltung der Verwaltung unerlässlich sind wie beispielsweise die Löhne der Kantonsangestellten.

Welche Ausgaben kann der Kanton nicht mehr tätigen?

Grundsätzlich kann der Kanton ohne Budget keine neuen Ausgaben beschliessen. Damit sind sämtliche neuen Investitionen vorerst auf Eis gelegt, bis ein vom

Die Rückweisung des Budgets sei «verlogen und in erster Linie ein Versuch, die nachhaltige Finanzpolitik der SP-Finanzdirektorin zu diskreditieren», findet die Staatspersonalgewerkschaft VPOD. «Das budgetierte Defizit, das durch die Entwicklung der letzten Monate bereits überholt ist, war ein Klacks im Vergleich mit früheren Budgetdefiziten unter LDP-Finanzdirektor Ueli Vischer, welche die bürgerlichen Fraktionen jeweils ohne Wenn und Aber durchgewinkt haben», heisst es weiter. Vor allem die Unternehmenssteuerreform II des Bundes reisse ab 2016 Löcher in die Kantonskasse – diese Reform hätten «die gleichen Bürgerlichen gewollt, die nun das Kantonsbudget zurückgewiesen haben, ohne zu sagen, wo sie zu sparen bereit sind».

Die Ausgaben zu kürzen, sei der falsche Weg: «Das Geld, das wegen der Entlastung der Aktionäre und Unternehmen in der Kantonskasse fehlt, kann nicht hinterher beim Kantonspersonal geholt werden.» Für den VPOD ist klar: Wenn sich ab 2016 Defizite abzeichnen, ist die Einnahmenseite anzuschauen.

Grossen Rat genehmigtes Budget vorliegt. So kann der Kanton beispielsweise keine neuen Ausschreibungen vornehmen, neues Personal wird nicht eingestellt und nicht dringend benötigte Anschaffungen müssen warten.

Kann der Grosse Rat neue Ausgaben beschliessen?

Nein. Ohne Budget kann auch der Grosse Rat keine neuen Ausgaben beschliessen. Die Folge ist, dass für die kommenden Grossratssitzungen bis zur Genehmigung des neuen Budgets neue Ausgaben von der Traktandenliste gestrichen werden müssen. Das neue Budget dürfte bis spätestens März vorliegen. aag

Wohnen mit und ohne Begleitung

Erstes Projekt der Stiftung Habitat auf der Erlenmatt

Von Urs Rist

Basel. Rund 600 Wohnungen sind auf der Erlenmatt West gegenwärtig im Bau, danach folgt der Ostteil. Die Stiftung Habitat hat für das erste Projekt auf ihren Baufeldern ein Baugesuch eingegeben, das derzeit beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat aufliegt: Zwölf Wohnungen, vier Einheiten für begleitetes Wohnen, ein Beschäftigungszentrum sowie eine Kindertagesstätte sollen dort in einem Baukörper untergebracht werden.

Die Vorderfront des Hauses liegt an der Signalstrasse, die heute in ihrem Südteil vor allem als Parkplatz genutzt wird. An dieser Strasse soll eine eigenständige, in einem Rotton gehaltene Fassade «dem übermächtigen Verkehrsbaupark der Schwarzwaldallee standhaft und charakterstark entgegen», heisst es im Projektbeschrieb. Sie soll vor den enormen Lärmmissionen schützen. Unter der Schwarzwaldallee fliesst die Autobahn A2.

Ausser der Vorderfassade sind alle Aussenwände als Holzwände mit farblich zurückhaltender, vertikaler Schaltung geplant. Dazu kommen Betonstützen und Flachdecken aus Beton. Der gesamte Baustein, wie das Element genannt wird, ist laut Beschrieb ein einfacher Körper als Winkel. Dadurch entsteht ein von Lärm geschützter Hof. Neben dieser Grünfläche ragt ein Teil des Gebäudes 35 Meter nach hinten gegen den Goldbachweg.

Tagesstätte für 40 Kinder

Im zweiten bis vierten Obergeschoss sollen zwölf Wohnungen mit eineinhalb bis fünfzehn Zimmern entstehen, die vermietet werden. Die Wohnungen sind laut Habitat mit vergleichsweise kleinem Flächenanteil pro Person geplant, sie umfassen 40 bis 128 Quadratmeter. Den Bewohnern steht auch ein Gästezimmer zur Verfügung, dessen Nutzung sie selbstständig orga-

nisieren können, sagt Urs Buomberger, Leiter Projektbüro der Stiftung Habitat.

Vier grössere Wohneinheiten mit fünf bis elf Zimmern für das begleitete Wohnen werden von Abilia betrieben. Dieser Verein bietet derzeit an sechs Standorten in Basel Betreuungssettings für Menschen mit einer Beeinträchtigung. Laut Projektbeschrieb handelt es sich um Menschen, die in ihrer Lebensgestaltung eingeschränkt beeinträchtigt oder behindert sind und Assistenz benötigen. Abilia will ihren Klientinnen und Klienten «eine möglichst aktive und selbstbestimmte Teilnahme an einem normalen Leben ermöglichen», wie es in ihren Unterlagen heisst. Zwei Einheiten mit neun und elf Zimmern dienen der intensiven Lebensbegleitung für je sieben bis acht Klienten, zwei Fünfstübchenwohnungen dem Assistenzwohnen für je drei bis vier Klienten und einer Betreuungsperson. Das Angebot auf der Erlenmatt soll zwei bisherige Standorte ersetzen.

Das Erdgeschoss und das erste Obergeschoss werden einerseits von Abilia belegt, die dort ein Beschäftigungszentrum für einen Teil der im Haus wohnenden Personen mit Angeboten für kreatives und textiles Werken sowie Haushaltstätigkeiten einrichtet. Den anderen Teil übernimmt die Kindertagesstätte Bläsihof, die dort vier Gruppen mit je zehn Kindern unterbringt, denen je ein Hauptraum und zwei Nebenräume zur Verfügung stehen. In einer Küche wird das Essen für drei Krippen des Bläsihofes zubereitet. Ein Gemeinschaftsraum dient allen Bewohnern.

Die Baukosten werden im Gesuch auf 17,68 Millionen Franken beziffert. Die Fertigstellung des Baus ist auf Ende 2016 vorgesehen. An der Signalstrasse will die Stiftung Habitat zwei weitere Wohnbauten erstellen, der eine mit Wohngemeinschaften für Studierende. Drei Baufelder am Goldbachweg sollen anderen Trägern im Baurecht übergeben werden.

Gemeindeangestellte müssen länger arbeiten

Riehen schreibt nächstes Jahr rote Zahlen

Von Rolf Zenklusen

Riehen. Im Gegensatz zur Kantonsregierung hat der Riehener Gemeinderat sein Budget 2015 im Parlament problemlos, ja sogar einstimmig durchgebracht. Das Defizit von 1,9 Millionen hat im Einwohnerrat wenig Aufregung ausgelöst. Gemeinderat Christoph Bürge (LDP) sagte, die Investitionen der nächsten vier Jahre könnten nicht aus den Einnahmen bestritten werden: «Wir müssen Eigenkapital abbauen.» Mit ausgeglichenen Budgets wolle der Gemeinderat den Trend wieder umkehren. Ab 2017 zeigt der Finanzplan Einnahmenüberschüsse.

Christian Heim (SVP) beantragte eine Steuersenkung von einem halben Prozentpunkt bei der Einkommens- und von einem Prozentpunkt bei der Vermögenssteuer. «Jeder Franken, der nicht für Steuern draufgeht, fliesst in die Wirtschaft», sagte Heim.

Steuersenkung nicht angebracht

Eine Mehrheit sah das anders; der SVP-Antrag wurde mit 26 zu neun Stimmen abgelehnt. Heinz Oehin (SP) meinte, Riehen habe eine temporäre Erleichterung, sei sonst aber gesund. «Das Defizit ist erklärbar, unter anderem durch die Senkung des kantonalen Steuerfusses.» Thomas Strahm (LDP) unterstrich, der Gemeinderat mache gute Finanzpolitik. Der Mahnfinger müsse aber oben bleiben, auch angesichts der schlechteren Finanzlage im Kanton. «Steuersenkungen sind nicht angebracht.»

Auch Priska Keller-Dietrich (CVP/GLP) wollte den Steuerfuss beibehalten. Beispiele aus dem Baselbiet würden zeigen, was passiert, wenn man die Steuern kurzfristig senke. David Moor (EVP) zeigte sich zufrieden, dass die

Finanzen mehr oder weniger im Lot bleiben. Am meisten Kritik übte Andreas Zappalà (FDP): «Anstatt auf der Ausgabenseite etwas zu unternehmen, hofft der Gemeinderat auf höhere Steuereinnahmen.»

«Guter Kompromiss ausgehandelt»

Zudem hat der Einwohnerrat den Gemeinderat ermächtigt, eine neue Anschlussvereinbarung mit der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) abzuschliessen. Wie Gemeindepräsident Hansjörg Wilde (parteilos) sagte, sind die neuen Pensionskassenleistungen denen des Kantons ebenbürtig. «Im Vergleich zu den Kantonen Baselland oder Aargau bieten wir bessere Bedingungen.» Trotzdem müssen die 520 Gemeindeangestellten von Riehen künftig zwei Jahre länger arbeiten; ihr Rentenalter steigt von 63 auf 65 Jahre. Zudem wechseln die Gemeindeangestellten vom Leistungs- ins Beitragsprimat; der technische Zinssatz sinkt auf drei Prozent.

Patrick Huber (CVP/GLP), Präsident der vorberatenden Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen, erklärte, die Gemeinde als Arbeitgeber zahle zwei Drittel der Beiträge an die PKBS. Im Vergleich dazu zahle etwa der Kanton Baselland als Arbeitgeber nur 55 Prozent.

Mehrere Fraktionssprecher betonten, es sei ein guter Kompromiss ausgehandelt worden. Viel Kritik kam dennoch von Priska Keller-Dietrich (CVP/GLP): «Wir hätten gern den Beitragschlüssel geändert und den technischen Zinssatz tiefer angesetzt.» Ganz anderer Meinung war Matthias Gysel (SP): «Aus unserer Sicht ist die neue Regelung ein Rückschritt.» Die SP könne nur mit lautem Knurren zustimmen.

Stadtnotizen

Santa und Sale

Von Heinz Eckert

Schon seit Langem und jedes Jahr wieder versuchen uns Marketing und Werbung im November auf den Geschmack von Halloween zu bringen. Vergeblich. Was für die Amerikaner «great fun» ist, wird von uns kaum verstanden. Hollywood zum Trotz. Die «Kürbisse zum Schnitzen» bleiben in den Regalen liegen. Auch die Räbelichtli liegen bei uns ja nicht im Trend.

Etwas anderes hingegen scheint sich auf dem Vormarsch zu befinden: der Weihnachtsmann, der bei uns eigentlich auch so wenig verloren hat wie die Halloween-Gaudi. Er steht als Dekoration bereits lebensgross in Basler Vorgärten, schmückt zwischen Weichkäsen das Schaufenster eines Käseladens, steht in einem Blumengeschäft inmitten von Topfpflanzen und wird von der Schweizer Schokoladenindustrie in diversen Ausführungen gross, klein und mittel in Milchschokolade gegossen. Am Weihnachtsmarkt auf dem Barfüsserplatz thront er gleich mehrfach inklusive Jingle-Bells-Schlitten und Rentieren über einem Stand, der Glühwein nach dem uralten Rezept einer unbekanntenen Grossmutter verkauft. Und mitten in der Steinenvorstadt hängt Santa, wie ihn die Amerikaner nennen, hoch oben an einer Wand, einfach so, ohne Botschaft.

Der Dicke mit dem roten Zweiteiler, dem Strick um den Bauch, der Zipfelkappe und dem dummen Lachen, der unserem majestätischen Santiglaus und dem begleitenden Schmutzli auch entfernt nicht ähnelt, scheint unser altes Christkind langsam zu verdrängen. Dabei ist es doch nach wie vor das liebliche und engelgleiche Wesen mit der blonden Lockenpracht, den Flügeln und dem Heiligenschein, das uns an Weihnachten die Geschenke in die Stube bringt und nicht der schlittenschleppende Mann aus den nordamerikanischen Wäldern. Bei uns, in Österreich und in den katholischen Regionen Deutschlands ist nach wie vor das Christkind die Symbolfigur des Weihnachtsfestes.



Ungewünschte Zipfelkappe. Der amerikanische Santa verdrängt zunehmend unser Christkind. Foto Keystone

Die Globalisierung macht offensichtlich auch vor dem Weihnachtsfest nicht halt. Schliesslich erstrahlen ja auch Städte wie Tokio, Bangkok und Singapur momentan im üppigsten Weihnachtslicht, obwohl es dort gar keine Weihnachten gibt.

Auffallend waren beim sonntäglichen Vorweihnachtsbummel durch die verstopften Strassen und Gassen Basels nicht nur die zahlreichen Weihnachtsmänner, sondern auch die unzähligen Schaufenster ohne auch nur den Hauch eines weihnachtlichen Schmuckes – nur grosse Ausverkaufsplakate, die mit unverschämten Rabatten auf Kundenfang gingen. Ja, der Weihnachtsausverkauf gehört offensichtlich auch zum Fest. Von White-Christmas-Stimmung keine Spur. Ausverkauf wie im Frühling, Sommer, Herbst und Winter. So gesehen passt vielleicht der SANTA auch besser zu SALE als das fragile Christkind, das weniger verkaufsfördernd dargestellt werden kann.